

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Kultur am 29. August 2012 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:03 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Anwesenheit

Herr Burmeister

Frau Dr. Fassbinder

Frau Heinrich

Herr Prof. Dr. Joecks

i. V. für Herrn Pegel

Frau Leddin

Herr Multhauf

Frau Thonack

Herr Jesse

Frau Gebhardt

i.V. für Frau Berger

Frau Duschek

Frau Witt

Frau Kropidlowski

Entschuldigt

Herr Pegel

Frau Berger

Herr Dr. Flieger

Prof. Dr. Herbst

Verwaltung

Herr Dembski

Frau Gömer

Frau Hauswald

Herr Kremer

Herr Petschaelis

Herr Wille

Herr Schult

Frau Schulz

Gäste

Herr Al Najjar Ibrahim
Herr Thomas Behm
Frau Petra Darm
Frau Heike Kagel
Herr Nils Kleemann
Herr Thomas Schmidt
Frau Julia Bartels
Herr Steffen Gebauer
Frau Wiebcke Röhl
Herr Felix Schönrock

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates
5. Kontrolle der Beschlüsse, Anregungen und Empfehlungen des Ausschusses
6. Prüfauftrag: Eignung der Stralsunder Str. 10/11 als Standort für die Musikschule Greifswald
Bündnis 90 / Die Grünen 05/761
B446-24/12
7. Diskussion der Informationsvorlagen
- 7.1. Subventionsbericht 2012 05/847
Dez. I , Amt 20
- 7.2. Reparaturstau/Bauschäden an städtischen Gebäuden 05/862
Dez. II , Amt 23
- 7.3. Immobilienbericht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/863
Dez. II , Amt 23
8. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 8.1. „Familien-TÜV“ für kommunales Handeln 05/836
Dez. III, Gleichstellungsbeauftragte
- 8.2. Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 05/851

Stadtmarketingverein Greifswald

Dez. I , Amt 20

9. Informationen der Verwaltung
10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder
11. Informationen der Ausschussvorsitzende
12. Bestätigung des Protokolls vom 06.06.12
13. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Frau Heinrich eröffnet die Sitzung um 18.03 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Mit 11 anwesenden Ausschussmitgliedern stellt sie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Frau Heinrich teilt mit, dass TOP 6 von der Tagesordnung genommen wird, da es ein in der Bürgerschaft mehrheitlich abgelehnter Beschluss war.

Herr Burmeister bittet um Informationen zur Rückübertragung der Schulen.

Herr Multhaus macht Vorschläge zur Tagesordnung und fragt wie es um die Nachbesetzung des Ausschussvorsitzenden steht. Er unterstreicht noch einmal wie wichtig es ist, dass der Ausschuss von einem Vorsitzenden geleitet und die Stelle von Herrn Pegel rasch nachbesetzt wird. Ferner bittet er darum, die Bestätigung des Protokolls nach vorn zu ziehen und nach TOP 4 abzuhandeln.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Zunächst wird darüber abgestimmt, ob das Protokoll vorgezogen werden soll. Abstimmungsergebnis 7/1/ 3

Die Tagesordnung wird in modifizierter Form wie folgt:

Abstimmungsergebnis: 8/0/3

angenommen.

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Al Najjar Ibrahim regt an, beim Mittagstisch in Schulen und Kindertagesstätten zukünftig auch vegetarisches Essen mit anzubieten, da es insbesondere in Schönwalde viele muslimische Bürger gibt, die kein Schweinefleisch essen. Herr Petschaelis nimmt das als Anregung zur Kenntnis und wird dies verwaltungsintern klären.

Frau Kagel fragt nach dem Stand der Verhandlungen zur Rückholung der Schulen. Herr Dembski erklärt, dass die Stadt ein Angebot an den Landkreis ausgehändigt hat. In den nächsten Tagen soll vom Landkreis eine Entscheidung bzgl. des Angebots vorliegen. Bisher steht eine Antwort seitens des Landkreises noch aus. Bereits im Juli wurde ein Angebot ausgehändigt. Auf zweimaliges Anfragen hat Herr Dembski bisher keine Antwort erhalten.

Des Weiteren fragt Frau Kagel nach den Schulsozialarbeitern. Herr Dembski antwortet hierzu, dass der Landkreis einen kommunalen Finanzierungsanteil erwartet. Es ist noch nicht klar, wie das zukünftig finanziert werden kann. Nach Ermessen von Herrn Dembski soll die Schulsozialarbeit fortgeführt werden. 100 T€ stellt die Stadt auch im nächsten Jahr weiterhin dafür zur Verfügung. Die ESF-Mittel, die seitens des Landes dafür gegeben wurden, stehen im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung. Die Stadt will die Kosten aber übernehmen.

Herr Kleemann stellt die vom Land angeregten Modellregionen zur kulturellen Bildung vor. Es wurde vielfach geäußert, dass auch Greifswald eine Modellregion werden sollte. Herr Kleemann möchte Greifswald erst einmal dafür bewerben. Danach muss man klären, ob das zukünftig sinnvoll ist oder ob das letztlich nicht Mehrarbeit bedeutet. Die AG steht bislang aus der Montessori-Schule, dem Kulturamt sowie weiteren Bildungs- & Kultureinrichtungen. Es muss dann aber bald geklärt werden, wie es weitergehen soll.

Frau Heinrich bittet Frau Hauswald, den Bildungs- und Kulturausschuss zukünftig über den Fortgang der AG zu informieren.

Herr Multhaus fragt Herrn Kleemann nach dem Stand der Verhandlungen zum Umzug der Kollwitz-Schule. Herr Kleemann verweist diesbezüglich auf die Infos durch die Verwaltung. Herr Kremer informiert, dass das Raumkonzept noch abgestimmt werden muss. Das Raumkonzept der Kollwitz-Schule muss mit den vorhandenen Räumlichkeiten in der Montessori-Schule abgeglichen werden. Erst dann können die Verträge abgeschlossen werden.

Herr Schmidt informiert, dass am 24. Oktober, um 18:00 Uhr (evtl. im Krupp-Kolleg oder im St. Spiritus) eine Podiumsdiskussion zur Zukunft des Gebäudes der Stralsunder Straße 10 stattfinden wird. Es wird vereinbart, dass Einladungen zu dieser Veranstaltung über die Bürgerschaftskanzlei an die Ausschussmitglieder versandt werden.

Zu TOP: 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates

Keine

Zu TOP: 4.a Bestätigung des Protokolls vom 6.06.2012

Herr Multhauf bittet um folgende Ergänzungen:

Seite 2, ganz am Anfang:

„Vor dem offiziellen Sitzungsbeginn informierten sich mehrere Ausschussmitglieder über den Stand der Rekonstruktion der Klosterscheune.“

Seite 4, vor 18:25 Uhr: Frau Duschek kommt

„Herr Multhauf verweist auf den 300. Jahrestag des Aufenthaltes Peter des I. in Greifswald und dessen Teilnahme an einer Disputation in der Universität. Er regt an, dass die Universität (zusammen mit der Stadt) das Thema in geeigneter Form aufgreift.“

Seite 9, nach zu TOP:13 Schluss der Sitzung

„Herr Multhauf bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder bei Herrn Pegel für die Arbeit als Ausschussvorsitzender und wünscht ihm in seiner neuen Funktion in Schwerin viel Erfolg.“

Abstimmungsergebnis: 9/0/2

Zu TOP: 5. Kontrolle der Beschlüsse, Anregungen und Empfehlungen des Ausschusses

Herr Burmeister informiert, dass die 5 Vorstellungsgespräche für den Bundesfreiwilligendienst in den Schulen gut geklappt haben. Er bekundet der Stadtverwaltung seinen Dank.

Herr Multhauf beklagt noch einmal den Zustand der mit Graffiti beschmierten Wand hinter dem Bebel-Gedenkstein. Der beschmierte Zustand muss rasch beseitigt werden.

Frau Hauswald informiert hierzu, dass im September ein Gespräch mit der WVG als Verwalter des Grundstücks, welches Herrn Dr. Patrunky gehört, stattfinden wird. Frau Hauswald wird zeitnah über den Fortgang des Gesprächs berichten.

Zu TOP: 6. Prüfauftrag: Eignung der Stralsunder Str. 10/11 als Standort für die Musikschule Greifswald

entfällt!

Zu TOP: 7. Diskussion der Informationsvorlagen

Zu TOP: 7.1. Subventionsbericht 2012

Herr Wille stellt den Subventionsbericht vor. Einige Änderungen inhaltlicher Art und hinsichtlich der Formulierung müssen noch

vorgenommen werden. Diese werden bis zur Bürgerschaftssitzung vorgenommen.

Er bemerkt des Weiteren, dass ein Teil der im Bereich des Kulturamts aufgelisteten Subventionen FAG-Mittel sind.

Herr Prof. Dr. Joecks bemerkt hierzu, dass es unklug sei, hier die Sonderbedarfszuwendungen aufzulisten, denn sie verzerrten das Bild vollkommen.

Herr Multhauf bekräftigt, dass die Zuwendungen für das Theater anders ausgewiesen werden sollten, damit deutlich wird, was das Kulturamt tatsächlich für die Kultur in Greifswald ausgibt.

Herr Prof. Dr. Joecks unterstützt das Ansinnen von Herrn Multhauf. Das Theater sollte mit den Zuwendungen durch die Stadt separat aufgelistet werden, denn so würden die Prozentsätze hinsichtlich der Gesamtsubventionssumme massiv zu Lasten einer Kulturförderung, die so nicht stattfindet, erhöht.

Herr Burmeister bittet darum, die Tabelle immer auf einer Seite anzulegen.

Herr Multhauf möchte, dass zukünftig der Bildungs- und Kulturausschuss über Projektzuwendungen seitens des Kulturamtes informiert wird. So wie es in ähnlicher Weise der Ausschuss im Landkreis handhabt. Er fragt sich auch, warum z. B. die Opernalle in Griebenow Geld erhält.

Herr Dembski meint hierzu, dass die Handlungsfähigkeit der Verwaltung gewahrt bleiben muss, aber man kann durchaus ab und an vorlegen, was das Kulturamt an Förderungen vergibt.

Herr Wille bemerkt, dass genau das ja das Ziel des Produkthaushaltes ist. Für jedes Produkt werden Ziele festgelegt.

Zu TOP: 7.2. Reparaturstau/Bauschäden an städtischen Gebäuden

Herr Kremer stellt die Informationsvorlage vor. Drei Mitarbeiter des Immobilienverwaltungsamtes haben „Missstände“ und bauliche Zustände der Gebäude begutachtet. Die Fischer-Schule wird beispielhaft vorgestellt.

Der Sanierungsbedarf für die begutachteten Gebäude beträgt insgesamt 64,7 Mio €.

Ohne Gegensteuerung wird sich der Zustand der Gebäude und Anlagen weiterhin verschlechtern.

19.05 Uhr

Frau Witt kommt – somit sind 12 Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Kremer äußert ferner, dass man darüber nachdenken muss, ob man wirklich alle Gebäude braucht, die die Stadt derzeit noch besitzt.

Frau Heinrich bemerkt hierzu, dass es wichtig sei zu wissen, wo ein Sanierungsstau vorliegt, damit gehandelt werden kann.

Herr Burmeister schlägt vor, dass die Einrichtungsleiter der Schulen vielleicht auch noch einmal eine Stellungnahme zu dem Baubericht

ihrer Einrichtung abgeben, da die Formulierungen teilweise variieren. Man merkt, dass drei unterschiedliche Mitarbeiter die Einrichtungen begutachtet und beschrieben haben.

Herr Multhauf bedankt sich bei Herrn Kremer für das Material. Die Fischer-Schule sollte – nach seinem Ermessen – Tagungsort der nächsten Sitzung des Bildungs- und Kulturausschusses sein. Dann könnte auch noch einmal eine Begutachtung des Ortes vorgenommen werden, so dass man dann bei den zukünftigen Haushaltsplanungen das Gebäude und seine Instandsetzung entsprechend berücksichtigen kann.

Frau Heinrich bemerkt, dass man sich jetzt nicht in Detaildiskussionen verlieren sollte. Sie unterstellt, dass sich die Leiter der Einrichtungen das Material sehr genau anschauen und das Immobilienverwaltungsamt auf Unstimmigkeiten ansprechen werden. Gut würde sie es auch finden, in den zukünftigen Sitzungen ein Feedback aus den Einrichtungen, die zu dem Ausschuss gehören, zu bekommen.

Herr Kremer unterstreicht, dass es wichtig sei, langfristig zu denken, denn viele Mängel werden sich nicht gleich beheben lassen.

Zu TOP: 7.3. Immobilienbericht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Der Immobilienbericht wird von Herrn Schult eingebracht. Im Jahr 2011 verfügte die Stadt über 129 kommunale Gebäude. 2012 kommt der Feuerwehr-Neubau dazu. Herr Schult informiert über den Heizenergieverbrauch, Heizenergieeinsparung und zu Hausmeister- und Reinigungsdiensten. Der Verlust der 1-Euro-Kräfte in den Schulen hat nicht zu einer Verschlechterung des Sauberkeitszustandes der Schulen geführt.

Frau Fassbinder bemerkt, dass den Unterlagen zu entnehmen sei, dass manche Schulen mehr Wasser verbrauchen.

Herr Schult antwortet dazu, dass das damit zu tun habe, dass Sporthallen mit an dem Wassernetz der Schulen hängen und manche Schulen auch noch alte Toiletten hätten. Auch der Umstand, dass bei manchen Schulen ein Hort integriert sei, hätte Auswirkungen auf die Höhe des Wasserverbrauchs.

Frau Heinrich fragt nach der Schlussfolgerung und Konsequenz aus diesem Bericht. Was kann man an den benannten Missständen dann ändern?

Herr Schult bemerkt dazu, dass der Bericht ausgewertet werden muss. Es bedarf dann einer internen Klärung, wie mit dem wenigen Personal dann versucht werden kann, die Missstände zu beheben.

Herr Kremer äußert, dass man mit 20 T€ nicht viel machen kann.

Frau Heinrich bittet Herrn Kremer und Herrn Schult, die Entscheidungen der Verwaltung und die aus dem Bericht gezogenen Schlussfolgerungen zu einem späteren Zeitpunkt im Ausschuss zu präsentieren.

Zu TOP: 8. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

Zu TOP: 8.1. *„Familien-TÜV“ für kommunales Handeln*

Diese Vorlage wird von Frau Gömer eingebracht. Im Jahr 2008 hatte die Bürgerschaft beschlossen, einen Katalog hinsichtlich der Familienfreundlichkeit in der Stadt zu erarbeiten.

Frau Gömer bemerkt, dass der Begriff Familien-TÜV nicht mehr als solcher geführt werden darf, da TÜV ein geschützter Markenname sei. Es wurden diesbezüglich Gespräche mit dem TÜV-Verbund geführt – stattdessen wird nun von **Familienfreundlichkeitsprüfung** die Rede sein. Eine Arbeitsgruppe hatte sich zusammengesetzt und 6 Handlungsfelder geprüft. Man hatte sich entschieden, nicht mehr als 10 Kriterien festzulegen.

19.45 Uhr

Herr Kremer und Herr Schult gehen

Die einzelnen Kriterien sollen einen Standard für die Stadt definieren, damit diese weiterhin in Sachen Familienfreundlichkeit vorankommt. Dabei soll auch geprüft werden, wie standfest die Kriterien sind. Innerhalb der Erprobungsphase – den nächsten zwei Jahren – besteht die Möglichkeit zu prüfen, wie gut die Kriterien funktionieren und wie haltbar sie sind.

Herr Multhaus spricht ein Lob hinsichtlich der Vorgehensweise und Erprobungszeit aus. Er weist darauf hin, dass 57,75 % aller Kinder im größten Stadtteil Greifswalds (Schönwalde) von Hartz IV-Leistungen leben. Nach seinem Ermessen hat auch die Personalausstattung in den Schulen Einfluss auf das Wohlbefinden! Warum bindet man das nicht im TÜV?

Frau Gömer äußert, dass sie diese Frage in die Arbeitsgruppe mitnehmen wird.

Frau Dr. Fassbinder fragt, wann diese Prüfungen durch das zuständige Amt stattfinden werden und welche Konsequenzen es hätte, wenn etwas nicht familienfreundlich ist? Frau Gömer bemerkt hierzu, dass dies nur eine Entscheidung der Bürgerschaft sein kann. Letztlich soll die Familienfreundlichkeitsprüfung praktisch sein, Diskussionen anregen und nicht abstrafen.

Frau Dr. Fassbinder fragt des Weiteren, ob es in der Schulwegplanung von 1994 neue Pläne oder Anregungen für die weitere Arbeit gibt? Frau Gömer nimmt dies als Anregung für die weitere Arbeit auf.

Frau Heinrich regt an, zukünftig in die Vorlage von Bürgerschaftsbeschlüssen noch eine neue Spalte aufzunehmen. Und zwar, ob das entsprechende Ansinnen auch mit Bezug auf Familienfreundlichkeit geprüft worden ist. Das hätte dann auch

Konsequenzen für einen Beschluss.

Abstimmungsergebnis: 12/0/0

Zu TOP: 8.2. Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Stadtmarketingverein Greifswald

Herr Wille bringt die Beschluss-Vorlage ein und erklärt den Umstand, warum nun ein Verein gegründet werden soll. Seinerzeit gab es seitens verschiedener Protagonisten erheblichen Widerstand, als es um den Aufbau einer Stadtmarketing GmbH ging.

Er erklärt den Hintergrund für die inhaltliche Notwendigkeit des Stadtmarketings. Alle Akteure in der Stadt agieren momentan allein, nichts ist konzertiert, was weitaus mehr Strahlkraft hätte. Es ist wichtig, dass sich die Akteure vernetzen. Der Verein soll somit als Vorreiter der GmbH erachtet werden, welche mit diesem Beschluss nicht vom Tisch wäre.

Der Verein würde von der Stadt eine Anschubfinanzierung von 50 T€ im nächsten Jahr erhalten. Herr Wittkopf wurde beauftragt, ein Konzept für den Stadtmarketing-Verein zu entwickeln. Über Umlagen ist angedacht, dass der Verein eine Refinanzierung gewisser Ausgaben erreichen kann.

Frau Dr. Fassbinder bemerkt, dass sie es wichtig fände, einen Rechtsextremismus-Paragrafen in die Satzung des Stadtmarketingvereins mit aufzunehmen.

Wie z. B. „Bei Kundgabe rechtsextremer, rassistischer oder fremdenfeindlicher Haltungen innerhalb und außerhalb des Vereins und/oder der Mitgliedschaft in rechtsextremen und fremdenfeindlichen Parteien und Organisationen, wie der NPD, kann das Mitglied durch (einstimmigen) Beschluss des Vorstandes aus der Vereinigung ausgeschlossen werden“.

Prof. Dr. Joecks bemerkt, dass er dafür sei, dass der Verein zunächst als erster Schritt in Richtung Stadtmarketing GmbH gewählt wird, um die Protagonisten zusammenzubringen. Die Satzung findet er ungeschickt. Sie bedarf einer Änderung/Verbesserung, ansonsten wäre die Satzung zu Vorstandslastig. (Konkrete Hinweise von Herrn Prof. Dr. Joecks wird Herr Wille zur Einarbeitung in die Satzung aufnehmen)

Frau Dr. Fassbinder fragt, wie der Fremdenverkehrsverein dazu steht. Herr Wille bemerkt, dass eine Beitrittserklärung zum Verein vom Fremdenverkehrsverein bereits vorliegt.

Herr Multhaus äußert, dass nach seinem Ermessen mit der Vereinsgründung die GmbH-Idee begraben wird.

Frau Heinrich schlägt vor, den alten BS-Beschluss auszusetzen.

Herr Wille ist allerdings dagegen, letztlich soll dieser Verein in eine GmbH münden. Auch bei einer GmbH-Gründung wird der Verein nicht überflüssig.

Prof. Dr. Joecks bemerkt, dass jetzt ein Grundsatzbeschluss für den Verein ohne eine konkret vorliegende Satzung wichtig wäre. Die

Satzung muss unbedingt noch einmal überarbeitet werden. Er nennt Beispiele.

Da von verschiedenen Seiten der Ausschussmitglieder kritische Stimmen mit Bezug auf die in der Beschluss-Vorlage geäußerte Bezeichnung Greifswalds als Oberzentrum im neuen Landkreis geäußert wurden, unterstreicht Herr Wille nochmals, dass er den Begriff „Greifswald als Oberzentrum“ voll und ganz vertritt, und darüber hinaus der Meinung ist, dass diese Rolle noch verstärkt und ausgebaut werden sollte.

Frau Heinrich bemerkt hierzu, dass es unklug sei, die Dissonanz zwischen Greifswald und Landkreis zu betonen. Auch Prof. Dr. Joecks ist der Meinung, dass es nicht klug sei, den Begriff Oberzentrum zu verwenden.

Herr Multhaus bemerkt, dass Stadtinformation noch beweglicher/flexibler werden muss und im Sommer auch sonntags geöffnet haben sollte. Ihn habe es sehr geärgert zu sehen, dass zu solch besonderen Ereignissen wie Motorrad-Gottesdienst oder dem Chortreffen der Nordkirche im August, bei welchen so vielen Menschen und Gäste in der Stadt unterwegs waren, die Stadtinformation geschlossen hatte.

Herr Bürgermeister erbittet über einen Geschäftsordnungsantrag abstimmen zu lassen, ob die vorgestellte Beschlussvorlage zunächst nur als Grundsatzbeschluss abgestimmt werden soll. Es wird dazu wie folgt abgestimmt: 11/2/0.

Die anwesenden Ausschussmitglieder stimmen über die vorgestellte Beschlussvorlage als **Grundsatzbeschluss** wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis: 11/0/1

Zu TOP: 9. Informationen der Verwaltung

Herr Wille informiert über den Beitritt der UHGW zur Haushaltssperre (BS-Vorlage dazu existiert).

Die Ausgaben von 100 T€ für die Weinert-Schule sind gesperrt worden, da in diesem Jahr die Baumaßnahme nicht mehr realisierbar ist. Dies wurde mit der Einrichtung abgestimmt und ist auch so in Ordnung für die Einrichtung.

Frau Heinrich fragt, warum diese BS-Vorlage nicht in den Ausschuss gekommen ist? Sie kritisiert das ausdrücklich und auch andere Ausschussmitglieder sprechen sich dem entsprechend aus.

Herr Wille bemerkt hierzu, dass beim nächsten Mal diese Vorlage alle Ausschüsse durchlaufen wird. Der Finanzausschuss, in dem diese Vorlage präsentiert wurde, hat die BS-Vorlage bestätigt.

Frau Hauswald informiert, dass seit dem 31. Juli die restlichen Fischerbrunnen-Figuren, die bislang noch bei Frau Jastram weilten, nun wieder in Greifswald sind und bis zur Aufstellung im Fundus des PLM

lagern. Des Weiteren macht sie auf ein Kunst- und Kulturfestival, die Peeneale, in Loitz aufmerksam, welches vom 1.-9. September stattfinden wird. Ferner macht Sie auf das am 1. September in Eldena stattfindende Caspar-David-Friedrich-Fest und auf die Greifswalder Kulturnacht (14. September) aufmerksam.

Sie berichtet darüber hinaus, dass die Stadt einen Antrag bei der Pomerania (für Kleinprojekte) eingereicht habe, um gemeinsam mit dem Stadtarchiv Greifswald und dem Staatsarchiv Stettin/Szczecin am 29. & 30. November eine deutsch-polnische Tagung zum Thema „Zwangsarbeit in Pommern von 1939 bis 1950“ im Pommerschen Landesmuseum auszurichten.

Ferner weist sie darauf hin, dass aufgrund der in den verschiedenen Workshops und Foren diskutierten Äußerungen und Anregungen zu Caspar David Friedrich und Greifswald im letzten Jahr durch die AG (welche aus Experten zu CDF und Mitarbeitern der entsprechenden Einrichtungen besteht) ein Briefing erarbeitet wurde, anhand dessen ein Logo zu Greifswald als Geburtsstadt CDFs entwickelt werden soll. Dieses Logo soll Basis sein für eine breitere Wahrnehmung Greifswalds als Geburtsstadt Friedrichs.

Mit der Erarbeitung des Logos ist Progress 4 beauftragt worden – ein Büro, das sich bereits intensiv in vielerlei Hinsicht mit CDF beschäftigt hat. Progress 4 hat u.a. den Caspar-David-Friedrich-Bildweg gestaltet und eng mit der Caspar-David-Friedrich-Gesellschaft zusammen gearbeitet.

Zu TOP: 10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder

Frau Thonack informiert zu den zwei Beschlüssen bzgl. der Patenschaften für Denkmäler. Graffitis sollen zukünftig auch an Denkmälern und Brücken beseitigt werden. Auf Nachfrage von Frau Heinrich, teilt sie mit, dass sie nicht sagen kann, warum diese BS-Vorlagen nicht in diesen Ausschuss getragen wurden.

Herr Multhaus bittet für die nächste Sitzung um weitere Informationen zu Johann Carl Gottfried Paepke. Er regt das Kulturamt an, einen 3-jährigen Vorlauf zu wichtigen Jahrestagen in der Universitäts- und Hansestadt dem Ausschuss jährlich vorzulegen und informiert zum CDF-Geburtstag am CDF-Denkmal am 5. September.

Frau Witt berichtet aus dem Kulturausschuss des Landkreises, dass dort angeregt wurde, dass zukünftig – wie alle kreiszugehörigen Städte – auch Greifswalder Kulturschaffende und Vereine beim Landkreis Anträge auf Kulturförderung stellen können.

Frau Heinrich schlägt vor, zukünftig in die Tagungsordnung auch einen Tagesordnungspunkt „Informationen aus dem Landkreis“ aufzunehmen.

Zu TOP: 11. Informationen der Ausschussvorsitzende

Keine

Zu TOP: 12. Bestätigung des Protokolls vom 06.06.12

Abhandlung – wie in der Bestätigung der Tagesordnung festgehalten – nach TOP 4, unter TOP 4a.

Zu TOP: 13. Schluss der Sitzung

Frau Heinrich bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20.50 Uhr.

Marion Heinrich

Stellv. Ausschussvorsitzende

Anett Hauswald

für das Protokoll